

Energienetze gehen an Stadtwerke und EnBW

Konzessionen Der Unterausschuss des Gemeinderats empfiehlt die Kooperation bei Strom und Gas. Von Wolfgang Schulz-Braunschmidt

Das Konzessionsverfahren für das Strom- und Gasnetz in der Landeshauptstadt ist entschieden: Der dafür zuständige Unterausschuss des Gemeinderates hat nach Informationen der Stuttgarter Zeitung für die nächsten 20 Jahre eine Kooperation der Stadtwerke Stuttgart mit der EnBW-Tochter Netze BW (früher EnBW Regional AG) empfohlen.

Der Beschluss kam mit großer Mehrheit zustande. Die Zustimmung des Gemeinderates, der Mitte März letztendlich entscheiden muss, gilt damit als sicher. Der Vertrag mit der Altkonzessionärin EnBW, die dafür jährlich rund 50 Millionen Euro an die Stadtkasse überwiesen hat, ist bereits Ende 2013 ausgelaufen.

Der Unterausschuss sprach sich am Freitag in einer dreistündigen, nicht öffentlichen Sitzung mehrheitlich für das aus dem Bewertungsverfahren als Punktsieger hervorgegangene Kooperationsmodell zwischen den Stadtwerken Stuttgart und

der Netze BW aus. In der neuen Eigentums-gesellschaft Netz halten die Stadtwerke von Anfang an einen Anteil von 74,9 Prozent. Die Netze BW besitzt hingegen als Juniorpartnerin lediglich etwas mehr als ein Viertel der Anteile.

Genau umgekehrt sieht es zunächst bei der Kooperation zwischen den unterschiedlichen Partnern hinsichtlich der Betriebs-gesellschaft für das Strom- und Gasnetz aus: Hier hält die EnBW-Tochter die Mehrheit der Anteile, die Stadtwerke müssen sich mit einer Sperrminorität von 25,1 Prozent begnügen. Nach der auf fünf Jahre befristeten Übergangszeit verändern sich die Besitzverhältnisse allerdings zu Gunsten der städtischen Energietochter, die dann auch in der Betriebsgesellschaft mit fast Dreiviertel der Anteile das Sagen hat. Dann sollen beide Unternehmen in einer großen Netzgesellschaft aufgehen.

Dieser Teil der Vereinbarung entspricht dem im Unterausschuss einstimmig gefass-

ten Beschluss, dass sich die Stadtwerke auch als Netzbetreiber wirtschaftlich engagieren sollen. Mit Renditen zwischen sechs und neun Prozent gilt der Netzbetrieb als ein sicheres und profitables Geschäft.

Bei der jetzt gefallenen Entscheidung landeten die Stadtwerke als Alleinbewerber auf dem zweiten Platz. Ausschlaggebend für den Punktsieg des Kooperationsmodells nach dem 2012 vom Gemeinderat aufgestellten Kriterienkatalog war offenbar das Angebot der EnBW, den Stadtwer-

ken früher die Mehrheit beim Netzbetrieb zu überlassen. Ursprünglich sollte es dafür eine Übergangszeit von bis zu zehn Jahren geben. Dagegen hatte es starken Widerstand von der SPD und den Grünen gegeben. Diese waren aber auch der Meinung, dass die Stadtwerke in der ersten Phase des Netzbetriebs einen erfahrenen Partner brauchen würden.

Innerhalb der Fünfjahresfrist sollen auch die Strom- und Gasleitungen in Stuttgart messtechnisch vom EnBW-Netz entkoppelt werden. Für die Entflechtung der innerstädtischen Leitungssysteme mit

einem Gesamtwert von knapp 200 Millionen Euro waren in der Vergangenheit höchst unterschiedliche Kosten zwischen 2,4 und 70 Millionen Euro genannt worden. Die Entflechtung dürfte aber den Stuttgarter Haushalten spürbare finanzielle Vorteile einbringen. Nach früheren Angaben der Stadtwerke können die Netznutzungsentgelte wegen der hohen Anschlussdichte in der Landeshauptstadt innerhalb der nächsten 20 Jahre um rund eine Milliarde Euro sinken. Das mache für die Kunden beim Strom gut einen Cent weniger je Kilowattstunde aus.

Die Stromkunden können auf niedrigere Preise hoffen.

Zuletzt waren in dem Konzessionsverfahren noch die EnBW, die Stadtwerke Stuttgart, das Bündnis der EWS Schönau mit den Stadtwerken

Schwäbisch Hall sowie das Trio Veolia, BS Energy und LHI im Rennen. Die Alliander AG, ein Strom- und Gasnetzbetreiber mit Hauptsitz in den Niederlanden, hatte sich im Herbst 2013 ohne Angabe von Gründen zurückgezogen. Zu Beginn des Konzessionsverfahrens hatten noch rund 20 Interessenten ihr Interesse an einem Engagement bekundet.

Kommentare

Kompromiss

Stadtwerke Alle Beteiligten haben sich bewegt. Deshalb ist die Lösung vertretbar. Von Wolfgang Schulz-Braunschmidt

Mit der jetzt gefallenen Entscheidung ist das Rennen um die Konzessionsverträge für Strom und Gas in der Landeshauptstadt gelaufen. Die Befürworter einer rein kommunalen Energieversorgung dürften damit zufrieden sein. Denn es wird keine hundertprozentigen Stadtwerke geben – und mit im Boot sitzt ausgerechnet die EnBW. Aber der schwächelnde Energiekonzern des Landes, der einst die Mehrheit bei dieser Kooperation angestrebt hatte, muss sich nach der Übergangsphase mit der Rolle des Juniorpartners bescheiden. Und nach einer vertretbaren Übergangsfrist von fünf Jahren hat die Energietochter der Stadt auch beim Betrieb der Netze als Mehrheitseigner das Heft in der Hand.

Zurückgesteckt haben damit Grüne und SPD, denen hundertprozentige Stadtwerke lieber gewesen wären. Doch auch die CDU, die zuerst die Netze nur an die EnBW verpachten wollte, hat sich bewegt und sich für eigene Stadtwerke entschieden. Herausgekommen ist ein von einer großen Mehrheit im Rat getragener Kompromiss.

Für die Beschäftigten der EnBW ist die Lösung eine gute Nachricht, die ihnen die Angst vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze nehmen dürfte. Und im Rathaus kann man sich nun auf den Ausbau der Stadtwerke zu einem vollwertigen Energiedienstleister konzentrieren, ohne Reibereien oder gar Prozesse mit einem sich ausgebootet fühlenden Altkonzessionär befürchten zu müssen. Der Rechtsstreit der Stadt mit der EnBW um den Rückkauf des Wassernetzes lässt grüßen. Aber vielleicht findet sich jetzt auch da eine Lösung.